

# Aktivismus in der Diplomatie bringt nichts

Die Schweiz soll ihre Guten Dienste niemandem aufdrängen, sondern sie diskret und verlässlich leisten. Falls sie gebraucht werden



Paul Widmer

Alt Bundesrat Adolf Ogi macht sich für ein Gipfeltreffen zwischen Wladimir Putin und Donald Trump in Genf stark. Tolle Idee. Tatsächlich sollten die beiden rasch miteinander reden. US-Präsident Barack Obama war es nicht gelungen, einen direkten Draht zum Kremlchef herzustellen. Die Weltordnung litt darunter. Syrien, Krim, Ukraine: Themen gäbe es mehr als genug. Viele Probleme lassen sich nur auf höchster Ebene lösen. Harzt es dort, ist im diplomatischen Apparat alles verkorkt. Ohne die erste Begegnung von Ronald Reagan und Michail Gorbatschow in Genf hätte das Tauwetter zwischen Ost und West noch lange auf sich warten lassen. Beide taten einen Schritt über sich hinaus und leiteten eine epochale Wende ein.

Das Wunder dieser Begegnung inspirierte Ogi zu seinem Vorstoss. Der Bundesrat sollte sich ein Herz fassen und die beiden nach Genf einladen. So wie 1985. Play it again, Sam. Doch da gibt es einen kleinen Unterschied. Was war 1985 geschehen? Hatte die

Schweiz in Washington und Moskau angeklopft und nach Genf geladen? Keineswegs. Sie hat nicht den kleinen Finger gerührt. Die Anfrage der Amerikaner schlug in Bern wie ein Blitz aus heiterem Himmel ein. Die USA und die Sowjetunion erachteten von sich aus Genf als einen geeigneten Ort für eine Begegnung. Zwei Gründe sprachen dafür: Erstens hat die Schweiz über Jahrzehnte hinweg eine glaubwürdige neutrale Politik verfolgt, zweitens verfügte Genf über eine vortreffliche Infrastruktur, um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten. Das war das Entscheidende. Die Schweiz selbst rührte nicht die Werbetrommel.

Später hingegen tat sie es. Der Erfolg von 1985 hatte auch ihren Appetit angeregt. Liebend gern hätte sie weitere gloriose Gipfeltreffen an sich gezogen, so auch 1989 zwischen Bush senior und Gorbatschow. Sie wurde deswegen in Washington vorstellig. Doch dort missfiel das geschäftige Vorgehen. Man ging nicht darauf ein. Mitten im Winter zog man zwei Kriegsschiffe in stürmischer See vor Maltas Küste der helvetischen Behaglichkeit vor. Noch schlimmer erging es beim Genfer Aussenministertreffen von 1991 zwischen James Baker und seinem irakischen Kollegen Tarik Aziz. Baker bekam den Eindruck, die Schweiz setze sich zu sehr in Szene. Nach seiner Rückkehr nach Washington zitierte er unseren Botschafter und erklärte, wenn sich die Schweiz nicht mehr mit ihrer Rolle als diskrete Gastgeberin



Man zog zwei Kriegsschiffe in stürmischer See vor Maltas Küste der helvetischen Behaglichkeit vor.

begnügen wolle, müssten die USA für solche Anlässe eben ein anderes Land wählen.

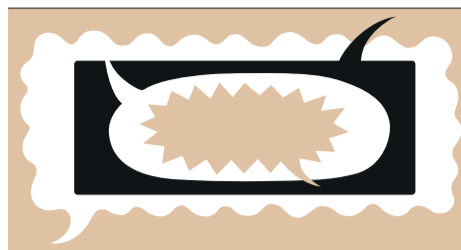
Diese Vorgänge zeigen, dass Aktivismus in der Aussenpolitik nichts bringt. Man kann eine glaubwürdige Politik nicht durch spektakuläre Events ersetzen. Langfristig zahlt sich für die Schweiz nur eine konstante neutrale Politik aus. Gute Dienste erbringt man nicht des Prestiges, sondern der Sache wegen. Deshalb kann man auch die Frage, wo Gipfeltreffen stattfinden sollen, gelassen beantworten. Bundesrat Didier Burkhalter, auf Ogis Vorschlag angesprochen, meinte: «Die Schweiz bietet jederzeit die Möglichkeit für ein Gipfeltreffen, wenn die Parteien das wollen. Wir verlangen nichts. Wir sind einfach da. Wichtig ist, dass der Dialog existiert.» Recht hat er. Der Bundesrat muss weder in Washington noch in Moskau Klacken putzen. Ein Gipfeltreffen in Genf muss von Putin und Trump selbst gewünscht werden. Wenn sie es tun, dann unterstützen man sie nach Kräften, wenn sie es nicht tun, dann lässt man es eben sein.

**PS:** Weniger wäre auch anderswo mehr. Peinlich die von Bundesrätin Calmy-Rey genehmigte Zahlung von einer halben Million Franken an die Clinton-Stiftung und das linkische Gebaren in der Farc-Vermittlung. Es stünde um den Ruf der Schweiz besser, hätte man beides unterlassen.

Paul Widmer ist Alt-Botschafter und lehrt heute an der Universität St. Gallen.



ILLUSTRATION: GABRILOPP



## Showdown

Francesco Benini

Was für ein trauriger Tag. Zähl hängt der Nebel über den Vor-alpen. Wer das Haus verlässt, dem fährt die Bise in die Knochen. «Jeder Abschied ist ein wenig wie sterben», schrieb Goethe. Oder war es doch Katja Ebstein? Auf alle Fälle präsentiert heute Sonntag Frank A. Meyer zum letzten Mal die Fernsehshow «Vis-à-vis». 36 Jahre war die Talkshow im Programm. Frank A. Meyer ist der Journalist, der eine dunkelrote Hose mit einem hellroten Hemd kombiniert. Vor der Sendung musste man an der Fernbedienung die Farbintensität des Bildes reduzieren. Nach der Sendung verzeichneten die Ophthalmologen im Land einen sprunghaften Anstieg der Patientenzahlen. Auch Kleintierhandlungen, in denen es Papageien zu kaufen gibt, wurden überrannt. Frank A. Meyer kämpft für einen engagierten Journalismus, der ganz im Geist der Aufklärung die Bürger dazu befähigt, sich als aktive Citoyens im Gemeinwesen einzubringen und am politischen Diskurs teilzuhaben. Ein sachkundiger, nobler Journalismus. Schade, dass sich die Leser der Boulevardmedien von Ringier überhaupt nicht für ihn interessieren. Im Medienhaus Ringier, dessen publizistische Oberaufsicht Meyer wahrnimmt, werden alle paar Monate Chefredaktoren zum Schafott geführt. Das Blut an der Guillotine ist noch nicht abgewaschen, da rollt bereits der nächste Kopf. Sobald man bei Ringier einen Vertrag als Chefredaktor unterzeichnet, ist die Entlassung besiegelt. Meyer versteht sich selber als Debatte-Anreger. Die Debatte, die bei Ringier am intensivsten geführt wird, dreht sich um die Leiter der Redaktionen: Soll man sie sofort feuern oder noch einen halben Tag warten? Nun trifft es auch den Moderator von «Vis-à-vis». Frank A. Meyer entlässt einen eminenten Geistesarbeiter und Sprachvirtuosen. Sich selber.

## Medienkritik

### So geht unkluger Journalismus



Christina Neuhaus

Roger Köppel mag vieles sein, aber eines ist er nicht: dumm. Wenn also dieser alles andere als dumme Mann, der Chefredaktor, Verleger und Politiker in einem ist, einen anderen Mann öffentlich dumm nennt – und wenn er dies erst noch im Editorial seines Magazins tut –, stellt sich die Frage, was dahintersteckt.

Hält Köppel den FDP-Nationalrat Philipp Müller, dem er auf dem Titel seiner «Weltwoche» das Ohrfeigengesicht der amerikanischen Comicfigur Alfred E. Neumann verpasst hat, wirklich für dumm? Sieht er in ihm eine grundsätzlich dumme Person oder bloss einen Politiker, der eine dumme Entscheidung zu verantworten hat? Köppel gibt die Antwort gleich selbst: «Müller ist nicht dumm. Er ist intelligent. Aber er handelt dumm gemäss Duden: »unklug, in ärgerlicher Weise unangenehm.« Auch die Frage, ob man einen «beweglichen Strategen und Vordenker» dermassen überzeichnen dürfe, beantwortet Köppel selber: «Natürlich darf man das», schreibt er: «Die Demokratie lebt davon, die Dinge und Probleme beim Namen zu nennen. Man sagt, wie es ist. Das ist nicht respektlos, im



Dass Köppel Müller mit einer Comicfigur vergleicht, ist zwar nicht besonders nett, aber auch kein Grund, Satisfaktion zu fordern.

Gegenteil. Es gehört zum Respekt, dass man die Leute ernst nimmt, auch in ihren Dummheiten.» Wer nicht zu reflexartiger Empörung neigt, mag Köppels Argumentation einiges abgewinnen. Auch in seinen Dummheiten ernst genommen zu werden, das hat schliesslich etwas. Allerdings schiebt Köppel seinem selbstbewussten «Natürlich darf man das» ein «Man muss sogar» nach. Der FDP-Nationalrat habe aus persönlichem Ehrgeiz den Volksentscheid gegen die Masseneinwanderungsinitiative versenkt und sei zu einer Belastung für die Schweiz geworden.

Für viele aus Köppels Generation ist der ewig pubertierende Alfred E. Neumann ein Antiheld, der einen die Peinlichkeiten der eigenen Adoleszenz besser ertragen liess. Dass Köppel Müller mit einer Comicfigur vergleicht, ist zwar nicht besonders nett, aber auch kein Grund, Satisfaktion zu fordern.

Köppel liegt allerdings falsch, wenn er sein Tun damit rechtfertigt, «diese kritische Überzeichnung» sei ein Muss. Müller ist kein abgehobener Alleinherrscher, den man mit Satire unschädlich zu machen hofft, sondern ein in unser Parlamentssystem eingebundener Volksvertreter. Keine Zeitschrift hat die Pflicht, einem missliebigen Politiker ein Ohrfeigengesicht zu verpassen, ihn als dumm zu bezeichnen und über zehn Seiten als «explosionsbereite Einzelpersonenmine» vorzuführen. Wer den journalistischen Auftrag so rechtfertigt, handelt ebenfalls unklug gemäss Duden: in ärgerlicher Weise unangenehm.

## Grenzerfahrung

### Chaotische Nachbarn



Barbara Hofmann

Als in Mittelitalien dieses Jahr die Erde bebte, war das auch im Tessin zu spüren. Doch nicht nur Italiens geologische Erschütterungen bringen den Tessiner Boden zum Zittern. Überbordende Bürokratie, schwächelnde Wirtschaft, hohe Arbeitslosigkeit vor allem bei den Jungen, Verkehrs- und Umweltprobleme – all das bekommt das Tessin unmittelbar zu spüren. Zwar lebte der hiesige Finanzplatz bisher recht gut von der italienischen Instabilität, doch die Initiative «Prima i nostri» wurde jüngst vor allem wegen des Grenzängerdruks aus dem Süden angenommen.

Diese Woche beschäftigte die Instabilität Italiens auch den Rest Europas. Was werden die langfristigen Folgen von Ministerpräsident Matteo Renzis fehlgeschlagener Reform sein? Sorge und Kopfschütteln überwogen. Die britische Zeitung «The Times» sprach von «Schockwellen durch die Finanzmärkte und Hauptstädte Europas». Der weltweite Backlash gegen das Establishment habe einen weiteren Skalp gefordert. Vor allem Wirtschaftskreise hatten dramatische Szenarien ausgemalt, falls die Verfassungsreform abgelehnt werden sollte. Nun befürchten sie einen Austritt Italiens aus dem Euro oder gar

aus der EU, was diese zum Auseinanderfallen bringen könnte.

Und im Tessin? Nichts. Oder fast nichts. Lega-Regierungsrat Norman Gobbi konnte es sich nur mit Mühe verkneifen, den Italienern zu ihrem Entscheid zu gratulieren. Von den andern Parteien war kaum etwas zu hören. Dabei sind die Folgen eines Reformstaus in Italien absehbar. Wird die Bankenkrise wegen des politischen Vakuums nicht gelöst und wurstelt sich die Wirtschaft weiter nur mit Mühe durch, erhöht das den Druck der Grenzgänger auf die Tessiner Löhne – und zwar auch in der Mittelschicht. Dann werden nämlich auch gut ausgebildete Banker Italien verlassen und in der Schweiz besser bezahlte Stellen suchen. Ganz zu schweigen von den italienischen Handwerkern, die ihren Tessiner Kollegen schon jetzt zu schaffen machen, und von den weniger qualifizierten Arbeitssuchenden, die ebenfalls stärker auf den südschweizerischen Arbeitsmarkt drängen werden.

Umso schwerer nachvollziehbar ist die fehlende Reaktion des Tessins auf die Ereignisse in Italien. Erklären lässt sie sich allenfalls durch Gewohnheit. Italien hatte in den letzten 70 Jahren – das ist die Zeitspanne, in der das Tessin sich wirtschaftlich stark entwickelte – über 60 Regierungen. Man nimmt das nachbarliche Chaos nur noch mit einem Achselzucken zur Kenntnis. Diese Lethargie nützt jedoch vor allem den populistischen Kräften im Kanton. Zur Bewältigung eines Erdbebens taugt sie nicht.

Barbara Hofmann lebt seit über 25 Jahren als freie Journalistin im Kanton Tessin.